philippinenbüro e.V.
im Asienhaus

Factsheet Philippinen

Der Flutkatastrophen- oder „Flood-Control“-Skandal 2025 löste monatelange Proteste aus und brachte ein jahrzehntelang gewachsenes Problem ans Licht: massive Defizite bei der Planung, Umsetzung und Kontrolle von Hochwasserschutzprojekten. Viele der zum Schutz vorgesehenen Brücken und Deiche sind baufällig, Bauvorhaben blieben unvollendet und viele vermeintliche Schutzmaßnahmen entpuppten sich als Geisterprojekte. Die Schlussfolgerung: Die Verwundbarkeit, insbesondere marginalisierter Bevölkerungsteile, gegenüber Extremwetterereignissen wurde nicht strategisch verringert, sondern mutwillig erhöht. Und die Kritik an der Ver(sch)wendung öffentlicher Mittel und die Wut auf korrupte Politiker:innen und Dynastien wuchsen.

Foto: Emmalyn Liwag Kotte

„Flood-Control“-Skandal

Nepotismus und Korruption sind tief in dem System politischer sowie wirtschaftlicher Eliten bzw. Dynastien verankert. Entsprechend groß ist der Frust vieler Menschen über sogenannte Geisterprojekte und aufgeblähte Abrechnungen im Hochwasserschutz. Präsident Ferdinand Marcos Jr. sprach den Skandal erstmals in seiner jährlichen Regierungsansprache (State of the Nation Address / SONA) 2025 an. Er bezeichnete zahlreiche Hochwasserschutzprojekte als mangelhaft oder nur auf dem Papier existent und kündigte an, Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Sowohl die politischen Lager der Marcos Jr. Regierung als auch ihre politischen Widersacher:innen aus der Duterte-Familie, darunter Vizepräsidentin Sara Duterte, versuchen seither den Skandal für sich zu nutzen und heizen die Debatte an.

Jährlich treffen rund 20 Taifune auf die Philippinen. Zugleich sinken Regionen durch Grundwasserentnahmen oder tektonische Veränderungen ab, während der Meeresspiegel steigt. Effektiver Hochwasserschutz ist daher besonders wichtig. Dieser kommt häufig exklusiven Bauprojekten zugute, während marginalisierte Siedlungen, Inseln und ländliche Räume weiterhin unzureichend geschützt sind. Die Bevölkerung ist somit jedes Jahr erneut Naturkatastrophen ausgesetzt, mit erheblichen Folgen für Menschen, Umwelt und Wirtschaft.

Massenproteste

Seit September 2025 demonstrierten immer wieder Menschen unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen gegen Korruption und Nepotismus sowie für einen stärkeren und verantwortungsvollen Katastrophenschutz. Am 4. November 2025 zerstörten die Überschwemmungen von Taifun Tino zahlreiche Wohngebiete sowie Infrastruktur in und um Cebu City. Die Flüsse Mananga und Butuanon traten trotz umfangreicher staatlicher Ausgaben und rechtlicher Schutzvorgaben über die Ufer. Die Katastrophe zeigte die hohe Verwundbarkeit der dicht besiedelten Region gegenüber extremen Wetterereignissen und verstärkte die öffentliche Kritik am „Flood-Control“-Skandal. Viele Menschen hinterfragten, warum trotz umfangreicher staatlicher Ausgaben für Hochwasserschutzprojekte weiterhin gravierende Überschwemmungen auftraten.

Im November organisierte sich die Bevölkerung landesweit vor allem über soziale Medien. Über 600.000 Menschen – quer durch alle Altersgruppen, politische Lager, Konfessionen, Bildungs- oder Einkommensschichten – gingen auf die Straßen. Die Proteste bekamen den Charakter einer Volksbewegung. Sie richtete sich gegen Korruption im Land und es wurde Rechtsstaatlichkeit und politische Verantwortungsübernahme gefordert; einige verlangten den Rücktritt des Präsidenten.

Dimensionen des Skandals

Internationale Klimakompensationsgelder werden durch die Weltbank oder die Asiatische Entwicklungsbank direkt an die Philippinen überwiesen und fließen in den Staatshaushalt. Jährlich erhalten daraus Ministerien (Departments), staatliche Institutionen und LGUs (Local Government Units; Provinzen, Städte, Gemeinden, Viertel/Barangays) Budgetzuweisungen. Abgeordnete konnten Hochwasserschutzgelder aus dem Staatshaushalt für ihre Wahlkreise reservieren und später für Projekte abrufen. Vielen wird dabei Veruntreuung vorgeworfen, die anschließend auf verschiedenen Wegen erfolgte:

So liehen sich Distriktbüros des DPWH (Department of Public Works and Highways – Ministerium für öffentliches Bauwesen und Straßenbau) die Baulizenzen von Bauunternehmen, um Hochwasserprojekte in Eigenregie umzusetzen. Die Bauunternehmen kassierten rund 5% der Projektgelder; allerdings wurden die Projekte nie gebaut. In einigen Fällen bereicherten sich ganze Belegschaften von Distriktbüros. So wurden monatlich (2024-2025) 14 Millionen Euro für Hochwasserprojekte durch das DPWH ausgegeben.

Eine weitere Vorgehensweise bestand darin, dass Bauunternehmen den Großteil abgerufener Projektgelder erhielten, wobei Abgeordnete 20-30% Provisionen (KickBacks) verdienten. Häufig waren die Bauunternehmen familiär oder freundschaftlich mit den Politiker:innen verbunden. Diese Bauprojekte wurden oft gar nicht oder nur mangelhaft durchgeführt.

Reaktion der Regierung

Das HoR (House of Representatives – Repräsentant:innenhaus) als auch der Senat leiteten Ermittlungen ein. Da beteiligte Personen selbst Verbindungen zu Unternehmen oder Auftragnehmer:innen aufwiesen, waren die Untersuchungen schnell umstritten und endeten zügig. Im September 2025 richtete die Regierung die ICI (Independent Commission for Infrastructure – unabhängige Kommission für Infrastruktur) ein. Vince Dizon wurde neuer DPWH-Minister und mit Ermittlungen im Hochwasserschutz sowie mit der Umstrukturierung des Ministeriums beauftragt. Als Ombudsmann wurde Jesus Crispin Remulla (ehem. Justizminister) ernannt, dieser kann eigenständig gegen korrupte Politiker:innen vorgehen.

Bis März 2026 untersuchte die ICI das letzte Jahrzehnt und fokussierte sich ausschließlich auf Korruption in 421 Hochwasserschutzprojekten. Sie stellte fest, dass es sich bei den meisten Projekten um Geisterbauten handelte und dass beteiligte Akteur:innen erhebliche finanzielle Vorteile erzielten. Auch identifizierten sie mehrere hochrangige Politiker:innen, wie Zaldy Co (Bauunternehmer, ehem. Vorsitzender des Haushaltsausschusses im HoR), die in den Skandal verwickelt sein sollen. Die Untersuchungsergebnisse wurden an das Büro des Ombudsmanns übergeben. Dieser steht aber in der Kritik, da er hauptsächlich gegen politische Gegner:innen der Marcos-Regierung vorgeht.

Forderungen der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Kirchen weisen seit langer Zeit auf die Missstände im Land hin. Ab 2025 riefen die Kirchen zu Demonstrationen auf und bezeichneten die Korruption im Hochwasserschutz als moralisches Versagen, das Menschenleben gefährde, Infrastruktur beschädige und das Vertrauen in den Staat zerstöre. Auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen forderten umfassende Reformen, um Korruption zu verhindern. Projekte sollen wissenschaftsbasiert geplant, stärker auf naturbasierte Lösungen und sektorübergreifende Bürger:innenbeteiligung ausgerichtet sein und unabhängig geprüft werden. Budgetentscheidungen sollen transparenter und öffentlich nachvollziehbar sein. Zudem forderten sie u.a. die Offenlegung von Unternehmens- und Auftragsdaten, strengere Anti-Korruptionsmaßnahmen, ein Informationsfreiheitsgesetz und einen unabhängigen Ombudsmann zur Korruptionsverfolgung.

Familiendynastien und Korruption

Die Macht von Familiendynastien geht nicht zuletzt auf die spanische und US-amerikanische Kolonialherrschaft zurück, als Kolonialherren die Verwaltung an regionale Familien übertrugen. Diese erlangten politischen und wirtschaftlichen Einfluss und versprachen der Bevölkerung „Schutz“ im Austausch für Loyalität und Untergebenheit. Heute existieren landesweit über 100 einflussreiche Familiendynastien, deren Angehörige Schlüsselpositionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft innehaben und die lokale und nationale Politik kontrollieren.

Im Zusammenhang mit dem „Flood-Control“-Skandal fielen die Philippinen im Jahr 2025 im globalen Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index / CPI) um sechs Plätze auf ihr bisher schlechtestes Ergebnis (Platz 120 von 182 mit 32 von 100 Punkten). Der Skandal bremste das Wirtschaftswachstum und das Vertrauen von Investor:innen.

SONA 2026 – ein Jahr später

Bis zur SONA 2026 am 27. Juli standen über 30 Personen vor Gericht, darunter Mitarbeiter:innen des DPWH sowie Senator Jinggoy Estrada und Ex-Senator Bong Revilla. Der Skandal ist weitreichender als gedacht, so Rappler: Einige Mitglieder des Marcos-Kabinetts, dutzende Mitglieder des HoR und lokale Beamt:innen – von Bürgermeister:innen bis hin zu Ratsmitgliedern – standen demnach in Verbindung mit Unternehmen und sollen sich an Multimillionen-Peso-Infrastrukturprojekten bereichert haben. Als zentrale Figur im Skandal traten der Cousin von Marcos Jr. und Sprecher des HoR Martin Romualdez im September 2025 und Haushaltsministerin Amenah Pangandaman im November 2025 zurück. Bei der SONA 2026 betonte der Präsident, dass gegen Romualdez bald ein Verfahren eingeleitet werde.

Innerhalb des Staatsapparats wurden erste Schritte gegen Korruption unternommen. Das HoR schaffte den „kleinen Ausschuss“ einflussreicher Abgeordneter ab, die auch nach der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs noch einzelne Änderungsanträge bearbeiteten. Erstmals wurden die Haushaltsberatungen live übertragen; zwei Haushalts- und Transparenz-Webseiten wurden für das DPWH eingerichtet. Das DPWH strich lokale Hochwasserschutzprojekte (ca. 13 Milliarden Euro) aus seinem Haushaltsentwurf und verfügt im Staatshaushalt 2026 über 26,7 Milliarden Euro. Gleichzeitig wurden internationale Klimaschutzmittel vorläufig ausgesetzt. Auch die Preisvorgaben für Baumaterialien wurden angepasst, um absurde Projektkosten zu senken. Die gestrichenen DPWH-Gelder gleichen nur einen Bruchteil der entstandenen Verluste aus.

Während die Regierung und die Opposition die Aufarbeitung fortsetzen, ebbten Massenproteste Anfang 2026 wieder ab. Angesichts der jährlich wiederkehrenden Taifunsaison ab Juni stellt sich die Frage, wie die Bevölkerung auf eine nächste schwere Katastrophe reagieren wird. Eine erneute Mobilisierung der Protestbewegung erscheint angesichts der anhaltenden Unzufriedenheit durchaus möglich.

Quellen & weiterführende Literatur

Business World (2026): Philippines sinks to new low in corruption perceptions index. https://sl1nk.com/hnf5k6x

DW (2025): Philippines: Mass protest in Manila over corruption scandal. https://sl1nk.com/7gdev5c

IBON (2026): Isn’t corruption stupid? https://www.ibon.org/tl/isnt-corruption-stupid/

Insider PH (2025): Civil society demands flood control reforms amid corruption scandal. https://l1nq.com/wgkqxp9

Rappler (2026): Marcos promised a crackdown on flood control corruption. What happened a year later? https://sl1nk.com/7aov1wx

SWR (2026): Korruption beim Klimaschutz – Geisterdämme auf den Philippinen. https://l1nq.com/150ej33

Herausgeber:
philippinenbüro e.V. & Ökumenische Philippinen Konferenz
Hohenzollernring 52, 50672 Köln
www.philippinenbuero.de